



## Presseinformation

Nr. 337/2006

Kiel, Donnerstag, 30. November 2006

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Kinder/Familien/Generationen

### Heiner Garg: Land muss Kommunen unterstützen

In seinem Redebeitrag zu **TOP 27** (Kindertagesstätten zu Familienzentren weiter entwickeln) sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Das mit dem Antrag verfolgte Ziel ist klar: Ob Babybetreuung, frühkindliche Bildungsangebote, Familien- und Sozialberatung oder Anlaufstelle bei Fragen zur Gesundheitsförderung – in einer zentralen Anlaufstelle sollen Hilfen zu allen Problembereichen von Familien abgerufen werden können. Das alles möglichst in einem Gebäude und niedrigschwellig konzipiert. Denn in solchen Einrichtungen können gerade die Familien, die besonderer Unterstützung bedürfen, einfach und unbürokratisch erreicht werden – aber nicht nur diese.

Einen solchen Ansatz verfolgt auch das Schutzengel-Projekt in Flensburg - mit Erfolg. Dort werden nicht nur die Kinder erreicht, sondern auch die Eltern entsprechend begleitet.

In den „Early Excellence Centers“, die seit 1997 in Großbritannien entstanden sind, wird diese Idee sondern sogar noch ausgeweitet. Kindertagesstätten sollen nicht mehr nur für die Betreuung der Kinder genutzt werden, sondern Gesundheitsvorsorge, Elternschulung für Erziehung und gesellschaftliche Integration miteinander verbinden. Gleichzeitig ist dieses Zentrum Anlaufstelle für Arbeitsberater, Kinderpsychologen, Hebammen und Logopäden.

Denn es handelt sich nicht nur um ein erweitertes Kindergartenangebot, in das die Eltern eingebunden sind, sondern um ein innovatives Konzept aus frühkindlicher Bildung und Erziehung das mit Familienhilfen kombiniert worden ist.

Während wir noch abwägen, wie Kindeswohl und Elternwille bei bestimmten Problemen zu berücksichtigen sind, wird in solchen Zentren diese Fragestellung ganz pragmatisch gelöst: Sobald Kinder und Eltern in einem solchen Zentrum erscheinen, wird ihnen unbürokratisch geholfen – und das spricht sich herum.

**Wolfgang Kubicki, MdL**

*Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**

*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**

*Parlamentarischer Geschäftsführer*

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de

Die Erfahrungen – wie sie auch beim Schutzengel-Projekt gemacht werden – zeigen, dass Eltern diese Angebote annehmen, wenn sie das Gefühl haben, dass ihnen nicht irgendetwas übergestülpt werden soll, sondern sie je nach ihren Fähigkeiten eingebunden werden.

Das mag in unseren Ohren nach Luxuskindergarten für sozial Benachteiligte mit kombinierten Elterntreffpunkt und Gemeindezentrum klingen. Tatsächlich werden in solchen Einrichtungen alle sozialen Schichten und alle Altersgruppen zu erreicht.

Davon sind wir in Schleswig-Holstein in vielen Bereichen noch ein ganzes Stück entfernt. In einigen Kreisen ist noch nicht einmal der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren bekannt.

Doch auch bei uns haben Kommunen und freie Träger diesen Gedanken aufgegriffen und angefangen, Kindertagesstätten zu so genannten Nachbarschaftszentren weiter zu entwickeln.

Wir werden es uns in einer älter werdenden Gesellschaft immer weniger leisten können, Kinder und ratsuchende Eltern alleine zu lassen. Eine Kommune, die hier die Möglichkeiten rechtzeitig nutzt, die ihr bereits heute das Kindertagesstättengesetz bietet, wird künftig einen Standortvorteil gegenüber anderen Kommunen haben. Deshalb dürfen wir an dieser Stelle auch nicht stehen bleiben.

Getreu nach dem Motto: *„Um ein Kind groß zu ziehen, braucht es ein ganzes Dorf“* sollten vor Ort Strukturen geschaffen werden, die ein Miteinander aller Generationen weiter verbessert.

Denn die Jungen brauchen die Alten mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen.

Die Alten brauchen die Jungen, um weiter am aktuellen Geschehen teilhaben zu können und ihnen ein Stück weit die Familie zu ersetzen, die sie vielleicht nicht (mehr) haben.

Deshalb bietet sich die Möglichkeit an, Kindertagesstätten im Rahmen des Bundesmodellprogrammes „Mehrgenerationenhäuser“ weiter zu entwickeln. Ein solches Mehrgenerationen-Haus wäre dann mehr als nur ein Raum, der allen Menschen im jeweiligen Einzugsgebiet offen steht. Es würde den Zusammenhalt und die örtliche Gemeinschaft stärken.

Damit diese Herausforderung aber durch die Kommunen auch wahrgenommen werden kann, brauchen sie die volle Unterstützung durch das Land.

Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem Landeskonzept, das die bestehenden Strukturen vor Ort mit einbindet.“